

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/56

Bonn, den 24. März 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Vorrang für sichere Arbeitsplätze	54

Traumkombinationen der "Stabilität" gibt es nicht

Von Philipp Seibert, MdB,

Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands

3	Schleswig-Holstein und seine Schulen	40
---	--------------------------------------	----

Versäumnisse der CDU-Regierung müssen aufgeholt werden

	Schweiz kontingentiert Gastarbeiter	44
--	-------------------------------------	----

Vorübergehend auch Freizügigkeit und Berufswechsel erschwert

Von Hermann Battaglia, Bern

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Brandt: Den Menschenrechten Raum schaffen  
Die junge Generation sieht Deutschland anders  
Großer Fortschritt in der Flüchtlingsgesetzgebung  
Start für die Hauptentschädigung an Flüchtlinge  
Berechnung von Betriebsvermögen kann beginnen  
DDR umwirbt die Deutschen in Ost- und Südosteuropa  
Deutscher Kulturverband mit 60 Gruppen  
Bundespräsident gratulierte Frank Thiess

## Vorrang für sichere Arbeitsplätze

Traumkombinationen der "Stabilität" gibt es nicht

Von Philipp Seibert, MdB,

Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands

Alle reden von "Stabilität", aber sie meinen damit oft Verschiedenes. Sicher: Das beste wäre sowohl eine Stabilität der Arbeitsplätze als auch der Preise, trotz steigender Löhne und Gehälter, - doch läßt unsere Wirtschaftsordnung eine solche Traumkombination nicht zu.

Also müssen wir wählen, müssen wir die beste Kombination unserer Vorstellungen durchsetzen. Bei den Arbeitnehmern gibt es keine Diskussion darüber, daß die Stabilität der Arbeitsplätze das Wichtigste ist. Sie ist so selbstverständlich **n i c h t**. Wir hatten noch 1966/67 über eine Million Arbeitslose und Kurzarbeiter. Was nutzte ihnen die gedämpfte Preissteigerung auf nur 1,5 Prozent? Die USA haben zurzeit sogar Arbeitslosenziffern von weit über vier Prozent. Deshalb sollten wir zu allererst stabile Arbeitsplätze erstreben.

Aber die Preissteigerungen müssen in Grenzen bleiben; wir dürfen in keine Inflation kommen, hört man sagen.

- Sicher: Nur wäre vorab zu klären, daß Inflationen nicht vom Himmel fallen, sondern immer Rechnungen für **v o r**finanzierte Kriege sind.

1923 wie 1948 mußte in unserem Land vom Volk - **n i c h t** von der Großwirtschaft! - der Preis für verlorene Kriege bezahlt werden. Die Franzosen hatten in den fünfziger Jahren den Ruin ihrer Währung den Kriegen in Vietnam und Algerien zu verdanken, ebenso wie die Amerikaner heute ihre enormen Preissteigerungen **t r o t z** Arbeits-

losigkeit als Preis für ihre Ostasienkriege bezahlen müssen.

Damit freilich hat unser deutsches Problem nichts zu tun. Wollen wir Vollbeschäftigung und Wachstum, dann sind - so sagen die Wirtschaftsexperten - wenige Prozente Preissteigerung unvermeidlich; denn niemand kann den Unternehmen bei ihrer Preispolitik ins Wort reden, allenfalls könnten wir bei günstiger politischer Konstellation die Preisbindung abschaffen. Was jedoch heute möglich ist, das sind entsprechende Erhöhungen der Löhne, Gehälter, Besoldungen, Renten und Pensionen. Das Ergebnis von 1969: 12,5 prozentige Einkommenserhöhungen bei 2,8 prozentigen Preissteigerungen gleich 9,7 Prozent effektive Kaufkraftsteigerung kann sich in der Tat sehen lassen!

Wenn dieser Unterschied zwischen kriegsbedingter Inflation und einer laufenden, aber mäßigen Preissteigerung erst einmal begriffen wird, dann kann auch aufgeräumt werden mit dem Zweckmärchen, Lohn- und Preisstopp seien "besser" als die bisherige Politik. Wer unüberlegt solche Schlagworte weitergibt, muß wissen, daß sicher ein Lohnstopp zu erzwingen wäre - dann, wenn es keine Gewerkschaften mehr gäbe -, daß aber die Preise deswegen doch nicht stillstünden.

So sind die Jahre 1967 und 1969 für uns Deutsche zwei lehrreiche Modelle. Jeder kann entscheiden, ob ihm eine Preisstabilität bei einer Million Arbeitslosen lieber ist, oder ob er Vollbeschäftigung auch im Winter und Lohnsteigerungen, verbunden mit gewissen Preissteigerungen, nicht doch vorzieht. Abzuraten ist jeder Regierung davon, nur um der "Optik" und ganz bestimmter Interessen willen, sich ausschließlich auf Preisstabilität zu versteifen. Die sogenannten "Begleitumstände": Wirtschaftlicher Stillstand, Arbeitslosigkeit und relativ sinkende Löhne und Gehälter würden anderen als den Interessen der Allgemeinheit dienen.

+ + +

### Schleswig-Holstein und seine Schulen

Versäumnisse der CDU-Regierung müssen aufgeholt werden

re. - Auf Drängen der sozialdemokratischen Fraktion besuchte der Volksbildungsausschuß des Kieler Landtags mit dem neuen Kultusminister Professor Braun (CDU) dieser Tage Göteborg und Stockholm, um schwedische Gesamtschulen zu besichtigen und sich vom sozialdemokratischen Unterrichtsminister Schwedens, Carlsson, informieren zu lassen. Zuvor hatten die Abgeordneten aus Kiel schon Gesamtschulen in Westberlin inspiziert. Im Anschluß an diese beiden Reisen Mitte März wird der Landtag in Kiel auf eine große SPD-Anfrage hin über einen Generalschulbauplan diskutieren, wobei die Planungen eines Gesamtschulnetzes im nördlichen Bundesland den Hintergrund bilden werden.

In Schleswig-Holstein selbst hat es auch einmal einen Gesamtschulversuch gegeben. Ein hochmodernes und zukunftsträchtiges Experiment wurde in Preetz bei Kiel unternommen. Auf Drängen einer konservativen Gruppe in der CDU wurde aber diese Schule dann wieder geschlossen und aufgelöst. Wertvolle Erfahrungen gingen so verloren.

In den folgenden Jahren fiel das schleswig-holsteinische Schulwesen, das einmal eine Spitzenposition eingenommen hatte, weit zurück. Es wurden Dorfschulen gebaut, die jetzt oft leerstehen. Der Lehrermangel ist im nördlichen Bundesland heute noch größer als anderswo. Der Bau von großen, zentralen Schulen, die Kindern der Landbevölkerung eine umfassende Bildung und Ausbildung und die Möglichkeit zu industriellen Berufen eröffnen können, wurde weitgehend verhindert. Schließlich kam das sogenannte Kieler Modell der CDU auf, das die drei Schularten Volksschule, Realschule und Oberschule strikt beibehalten und nur eine gewisse Durchlässigkeit hinzufügen wollte.

Jetzt endlich hatten die jahrelangen Vorstöße der SPD Erfolg. Trotzdem ist eine Reihe konservativer CDU-Abgeordneter noch immer am Werk, um die Planungen, die Professor Braun auf Drängen der SPD ansteuert, zu hemmen, und, wenn es geht, zu torpedieren. An den neuen Schulen in Westberlin und Schweden wird herumgemäkelt, und man will nicht zugeben, daß man am liebsten bei der Dorfschule bleiben und daneben das altsprachliche Gymnasium für eine kleine Oberschicht erhalten möchte.

Schweden hat nach 20jährigen Versuchen das Gesamtschulsystem, das in jeder Beziehung in der Form von Arbeitsgruppen und Neigungsgruppen durchlässig und nicht mehr auf eine Schulart abgestellt ist. Dort hat jetzt in der Tat jeder Schüler die gleiche Chance. Wenn Schleswig-Holstein nicht zur letzten Bildungsprovinz der Bundesrepublik absinken will, werden der Landtag in Kiel und das Kultusministerium möglichst viel Erfahrungsgut aus Schweden übernehmen und sofort mit dem Bau von Gesamtschulen beginnen müssen.

+ + +

### Schweiz kontingentiert Gastarbeiter

---

Vorübergehend auch Freizügigkeit und Berufswechsel erschwert

Von Hermann Battaglia, Bern

Seit dem 20. März sind die Schweizer Grenzen für ausländische Arbeiter gesperrt. Zu diesem drastischen Schritt sah sich die Landesregierung veranlaßt, weil den bisherigen Stabilisierungsbestrebungen zum Trotz die Zahl der Fremdarbeiter munter weiter gestiegen war. Man befürchtet eine wirtschaftliche und volkswirtschaftliche Überfremdung.

Nach dem bisherigen System hatten die Betriebe Anspruch auf eine bestimmte Zahl ausländischer Arbeitskräfte. An die Stelle dieser betriebsweisen soll jetzt die Globalplafonierung treten. Der gegenwärtige Stand von rund 600.000 Gastarbeitern gilt dabei als oberste Grenze.

Es kehren jährlich rund 75.000 ausländische Arbeiter heim. Deshalb hat der Bundesrat ein Ausnahmekontingent beschlossen, das von der Zuzugssperre ausgenommen ist. Um ganz sicher zu gehen, ist es auf 40.000 beschränkt worden. Es könnte ja einmal nicht nur die Ausreisefreudigkeit zurückgehen. Jährlich treten auch bereits in der Schweiz wohnhafte Frauen und Jugendliche ins Erwerbsleben über. 37.000 "Ausnahmen" werden unter die Kantone verteilt, 3.000 bleiben als eiserne Reserve des Bundes.

Die Wirtschaft in den weniger entwickelten Landesgegenden hat sich mit Händen und Füßen gegen die Aufhebung der Betriebsplafonierung gewehrt. Sie befürchtet, daß die ausländischen Arbeiter zu einem großen Teil in die Industriezentren, die bessere Löhne kennen, abwandern werden. Aber die Regierung hat die Freizügigkeit der Gastarbeiter stark eingeschränkt. Innerhalb des zugeteilten Kantons darf eine Arbeitsstelle erst nach einem Jahr gewechselt werden. Ein Wechsel in einen anderen Kanton ist erst nach drei Jahren möglich. Die gleiche Frist gilt auch bei Berufswechsel. Allerdings hat die Landesregierung zu verstehen gegeben, daß es auf die Dauer nicht angeht, wirtschaftlich schwache Gebiete durch die "Einschränkung der Menschenrechte" zu schützen.

Sozialdemokraten und Gewerkschaften hatten schon seit Jahren die Globalplafonierung gefordert, weil nur sie gewährleistet, das Problem zu meistern, und weil die Betriebsplafonierung dazu beiträgt, überholte Wirtschaftsstrukturen zu zementieren. Sie fordern nach wie vor die volle Freizügigkeit für alle Fremdarbeiter, weil es nicht angehen kann, Menschen, woher sie auch kommen mögen, der Wirtschaft unterzuordnen. Allerdings sind sie der Auffassung, daß die Freizügigkeit besser verwirklicht werden könnte, wenn durch ein noch kleineres Ausnahmekontingent die Zahl der ausländischen Arbeiter noch weiter abgebaut würde. Sozialdemokraten und Gewerkschaften erinnern daran, daß einst die Zahl von 500.000 Gastarbeitern als oberste Grenze genannt worden ist. Sie zweifeln auch, ob das bundesrätliche Versprechen, die "Überfremdung" zu stabilisieren, genügen wird, um das Schweizer Volk zu veranlassen, die im Juni zur Abstimmung gelangende "Volksinitiative gegen die Überfremdung" abzulehnen.